

Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 02.04.2025

Nr. 192	Denis Seldenreich AfD Dez. V z.w.V.	Die Mainzer Verkehrsgesellschaft hat mit einem wachsenden Defizit zu kämpfen. Grund ist auch die Einführung des „Deutschlandtickets“. Auch in Wiesbaden können, trotz diverser Einsparungen, wie zum Beispiel der Einstellung von Buslinien, keine höheren Einnahmen generiert werden. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder vom sogenannten „Nachteilsausgleich“ gesprochen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Wie verhält es sich mit der Finanzierung des Deutschlandtickets, Stichwort Nachteilsausgleich, von Bund und Ländern für das Jahr 2024 und was sagt das Finanzierungskonzept über die Folgejahre aus? 2. Wann ist mit einer marktorientierten Aufteilung der Einnahmen zu rechnen, die für 2024 versprochen wurde?
Nr. 214	Christian Hill FWG/Pro Auto Dez. II z.w.V.	Das Frühlingsfest ist in Wiesbaden seit vielen Jahren eine wichtige Institution und aus dem Festkalender nicht wegzudenken. Durch die Umgestaltung des Elsässer Platzes verliert es leider seinen traditionellen Veranstaltungsort. Ich frage deshalb den Magistrat: 1. Wie stellt sich der Magistrat die Weiterführung des Frühlingsfestes vor? 2. Ist ein neuer, fester Veranstaltungsort für das Frühlingsfest vorgesehen, der eine langfristige Planung für die Schausteller ermöglicht? 3. Welche Unterstützung in personeller, finanzieller oder sonstiger Art erhalten die Festbetreiber durch die Landeshauptstadt Wiesbaden?
Nr. 244	Petermartin Oschmann FGW/Pro Auto Dez. I z.w.V.	Mit STVV Beschluss 0149 vom 29.05.2024 wurde eine Änderung der Nutzungsordnung sowie eine Verschärfung im Umgang mit Vergehen gegen die körperliche Unversehrtheit oder Vandalismus beschlossen. Ich frage daher den Magistrat:

		1. Wurde die Nutzungsordnung bereits eingeführt, wenn nein, warum nicht und wann ist mit der Einführung zu rechnen? 2. Falls diese bereits eingeführt wurde, wie viele Vergehen wurden seitdem geahndet? Aufgeschlüsselt nach Einzelpersonen und, falls eintreffend, einzelne Mannschaften?
Nr. 248	Christian Diers FDP Dez. V z.w.V.	Am Morgen des 24.03.2025 wurde ein sog. „Instagram-Reel“ eines Stadtverordneten auf dem offiziellen Instagram-Kanal von ESWE Verkehr (@eswe_verkehr) repostet. In diesem „Reel“ äußerte der betreffende Stadtverordnete verschiedene politische Auffassungen zu einem neuen E-Gelenkbus bei ESWE Verkehr bzw. der „Verkehrswende“ an sich. Ich frage daher den Magistrat: 1. Nach welchen Kriterien entscheidet ESWE Verkehr, welche politischen Ansichten verschiedener Stadtverordneter über den offiziellen Unternehmensaccount bei Instagram verbreitet werden? 2. Sieht der Magistrat mit der Verbreitung von politischen Meinungen einzelner Stadtverordneter eine zulässige Öffentlichkeitsarbeit eines städtischen Unternehmens?
Nr. 221	Sabine Ludwig-Braun SPD Dez. VI z.w.V.	Notunterkünfte für Frauen sind essenzielle Einrichtungen, um Frauen in Notsituationen Schutz und Unterstützung zu bieten. Diese Unterkünfte richten sich oft an Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt, Missbrauch oder anderer Formen von Gewalt geworden sind. Sicherheit steht an erster Stelle, weshalb viele Unterkünfte an geheimen Orten angesiedelt sind, um die Frauen vor möglichen Verfolgern zu schützen. In vielen Einrichtungen stehen ausgebildete Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Berater*innen zur Verfügung, die den Frauen helfen, das Erlebte zu verarbeiten und ihre Situation zu bewältigen. Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten: 1. wie ist die Situation bzgl. der Suche und Hilfe für Frauen nach Notunterkünften (Zahlen für 2023)? 2. findet ein Austausch mit dem Frauenreferat statt? 3. wie viele Frauen und in welchem Zeitfenster finden im Anschluß Wohnraum?
Nr. 241	Michael David SPD Dez. V z.w.V.	Beschmieren und Bekleben von Straßenschildern und Verteilerkästen Insbesondere in den östlichen Vororten wurden in den letzten Monaten in erheblichem Umfang Straßenschilder, Verkehrseinrichtungen und Verteilerkästen mit Aufklebern des SV Wehen-Wiesbadens verunreinigt und teilweise unkenntlich gemacht. An mehreren Stellen

		wurden diese durch Aufkleber anderer Vereine überklebt oder weiter verunreinigt. Die Ausmaße dieser Taten sind erheblich. Ich frage daher den Magistrat: 1. Sind dem Magistrat diese erheblichen Verunreinigungen in den östlichen Vororten bekannt? 2. Wie beurteilt er diese Verunreinigungen unter straf- bzw. ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten? 3. Teilt der Magistrat die Auffassung, dass diese Schmierereien das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen können? 4. Wann werden diese Verunreinigungen beseitigt? 5. Welche repressiven und präventiven Maßnahmen wird der Magistrat unternehmen, um weitere Verunreinigungen zu minimieren?
Nr. 188	Dorothee Rhiemeier Grüne Dez. III z.w.V.	Von der Hebbelschule wurde berichtet, dass dort keine Papierhandtücher mehr angeschafft, sondern stattdessen die Eltern gebeten werden, Handtücher zur Verfügung zu stellen und diese auch zu waschen. Ich frage den Magistrat: 1. Sind die Budgets der Schulen so unzureichend, dass eine Beschaffung von Handtüchern daraus nicht finanzierbar ist? 2. Warum werden Handtuch- bzw. Trockenautomaten nicht zentral vom Schulamt beschafft?
Nr. 249	Prof. Dr. Johannes Luderschmidt Grüne Dez. I z.w.V.	Nach dem Brand des Schwimmbad Kostheims gab es in unterschiedlichen Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden Debatten über die Notwendigkeit des Erhalts der Wasserflächen in Wiesbaden. Die Einigkeit der Politik war groß, die Presseberichterstattung hierzu vielfältig. Ich frage den Magistrat: 1) Wieviel nutzbare Hallenbad-Schwimmfläche gab es in der LHW vor dem Brand in Kostheim (inkl. Freizeitbad Mainzer Straße und Kostheim)? Bitte um Aufzählung der einzelnen Flächen. 2) Wieviel Schwimmfläche wird es in der LHW nach der Eröffnung Rheinhöhe (exkl. Kostheim, exkl. Mainzer Straße) geben? Bitte um Aufzählung der einzelnen Flächen. 3) Wieviel Schwimmfläche im Neubau des Schwimmbads Kostheim geplant ist?
Nr. 190	Louise-Lydia Wagenbach CDU Dez. II z.w.V.	In der Richard-Wagner-Anlage steht ein kleines Häuschen, das durch die Stadt angefangen wurde zu restaurieren. Nach Angaben der Mitarbeiter stehe dieses unter Denkmalschutz. Seit ca. 1 Jahr stocken die Arbeiten. Leider ist das Haus nun wieder beschmiert und des

		Öfteren während unkontrollierten nächtlichen Partys von Vandalismus betroffen. Ich frage den Magistrat, 1. wer ist für das Objekt zuständig? 2. Wieso wurden die Arbeiten nicht abgeschlossen? 3. Wann werden die offenen Stromkabel und Malerarbeiten sowie die restlichen Arbeiten beendet? 4. Wieso wird das Ordnungsamt nicht tätig, wenn die ELW vermehrt Müll und Vandalismus an dem Objekt bemerkt? 5. Welche Kosten sind für die Restauration und den wiederkehrenden Vandalismus (sowohl im Hinblick auf die Aufräumarbeiten als auch auf die Instandsetzung) bisher entstanden? Mit welchen Kosten rechnet man noch bis zum Abschluss der Arbeiten? 6. Welche Maßnahmen werden zukünftig zum Schutz des Objekts ergriffen?
Nr. 191	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Der Paulinenhang befindet sich in erstklassiger Lage, aber auch bereits seit sehr langer Zeit in einem unansehnlichen Zustand. Insbesondere ist das Grundstück, auf dem ehemals das Paulinenschlösschen stand und der angrenzende Straßenbereich vermüllt und verwildert. Gleichzeitig parken dort täglich eine große Anzahl von Fahrzeugen, ohne dass eine Bewirtschaftung des Parkraums vorgenommen wird. Ich frage den Magistrat, 1. warum der Paulinenhang der Verwahrlosung preisgegeben wird und keine adäquaten Reinigungs- und Pflegemaßnahmen durchgeführt werden? 2. wie der Stand der Planungen zur Entwicklung des Areals ist? 3. warum keine Bewirtschaftung der „wilden“ Parkflächen erfolgt und die Landeshauptstadt Wiesbaden sich so erhebliche Einnahmen entgehen lässt?
Nr. 232	Monika Giesa AfD Dez. V z.w.V.	Seit mehreren Jahren beantragt der Ortsbeirat Biebrich im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder die Schaffung einer Außenstelle der Stadtpolizei. Erneut wird in der Stellungnahme der Fachämter zum Haushaltsplan 2025 die Maßnahme als nicht realisierbar, personell nicht möglich und nicht sinnvoll bewertet. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Wann gedenkt der Magistrat dem Antrag des Biebricher Ortsbeirates nachzukommen, endlich die personellen Ressourcen zu schaffen, um eine Außenstelle der Stadtpolizei zu errichten und wie kommt ein Fachamt zu der Aussage, eine Maßnahme die dem Wunsch des Ortsbeirates und vieler Bürger entspricht, als nicht sinnvoll zu bezeichnen?

Nr. 149	Mechthilde Coigné Die Linke Dez. I z.w.V.	Derzeit plant die LHW ein neues Bürgerhaus für die Stadtteile Mainz-Kastel und -Kostheim. Hierfür werden laut Oberbürgermeister Mende 94 PKW-Parkplätze zwingend benötigt. Die Stellplatzsatzung der Stadt Wiesbaden vom 19.3.2008, Anlage, lfd. Nr 4.2 (Versammlungsstätten, z.B. Bürgerhäuser) legt für PKW und Fahrräder ein Verhältnis von 2:1 fest. Die im Januar vorgelegten Planungen sehen jedoch lediglich 40 Fahrradstellplätze vor Ich frage den Magistrat: Dies vorausgeschickt frage ich den Magistrat: 1. Weshalb wird eine öffentliche Liegenschaft geplant, bei der die Stellplatzsatzung im Bereich PKW eingehalten, für Fahrräder jedoch unterschritten wird? 2. Weshalb wurden im letzten halben Jahr keine erkennbaren Korrekturen vorgenommen um die Stellplatzsatzung auch für Fahrräder einzuhalten, obwohl dies durch Beschlüsse der OBR Mainz-Kastel und -Kostheim gefordert wurde (Nr. 2 vom 18.01.2023)? 3. Welche Prüfungen müssen seitens der LHW noch erfolgen? (vgl. Schreiben von OB Mende, 8.5.2023)"
Nr. 194	Katharina Ostermann FDP Dez. II z.w.V.	Der Bodenbelag der Wiesbadener Kuranlagen, beginnend ab der Josef-von-Lauff-Straße bis hoch nach Sonnenberg, ist vorwiegend Feinschotter- oder Splitt-ähnlich. Dies führt nach Regenfällen oftmals zu Schlamm- und Matsch-artigen Bedingungen, die Aktivbesuchern des Kurparks keine Freude bereiten. Von Januar bis Februar 2024 fanden schließlich größere Aufschüttungsarbeiten zur Erneuerung des Bodenbelags im Kurpark-Stück zwischen Josef-von-Lauff-Straße und Fichtestraße, statt. Leider ohne große erkennbare Verbesserung. Daher frage ich den Magistrat: 1. Warum wurde sich erneut für einen Feinschotter- oder Splitt-ähnlichen Bodenbelag bei der Erneuerung im Januar/Februar 2024 entschieden? 2. Wie viel kostete die Aufschüttung des Kurpark-Abschnittes? 3. Wie regelmäßig müssen Aufschüttungsarbeiten getätigt werden? 4. Gibt es Überlegungen den Bodenbelag grundsätzlich zu ändern, um die Robustheit zu stärken und Matsch-/Schlamm-/Pfützenbildung zukünftig zu vermeiden?

Nr. 195	André Weck CDU Dez. VI z.w.V.	Horte ergänzen die schulische Bildung und Betreuung und sind grundsätzlich rechtsanspruchserfüllend. Ab 2026 wird der Rechtsanspruch auf Ganztags für Kinder im Grundschulalter schrittweise eingeführt, was Auswirkungen auf die Hortplätze haben könnte. Ich frage den Magistrat, 1. wie viele Hortplätze gibt es aktuell in Wiesbaden? 2. sind neue Hortplätze geplant? 3. gibt es aktuell Pläne, Hortplätze zu reduzieren und wenn ja, warum? 4. gibt es Erkenntnisse über die Wünsche von Eltern, explizit Hortplätze (statt reine Ü3- oder Ü6-Angebote) zu nutzen?
Nr. 122	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Laut der städtischen Homepage gibt es aktuell 31 digitale Verkehrstafeln in der Stadt. Auf diesen Tafeln werden aktuelle Verkehrsmeldungen angezeigt. Wenn keine Meldungen vorliegen, werden anlassbezogene Themen geschaltet. Am 25.01.2023 wurden neben einer veralteten Meldung bzgl. der Sperrung der Schwalbacher Straße vor allem Verhaltensweisen im Straßenverkehr, Werbung für neue Carsharing-Angebote sowie freie Stellen bei der LHW angezeigt. Gleichzeitig werden per Pressemitteilung auf der Homepage der LHW aber aktuelle Straßensperrungen mitgeteilt. Ich frage den Magistrat, 1. warum werden die per Pressemitteilungen gemeldeten Verkehrshinweise nicht auf den digitalen Verkehrstafeln angezeigt? 2. warum wurde am 25.01.2023 auf die Sperrung der Schwalbacher Straße vom 14.01.2023 - 15.01.2023 hingewiesen? 3. ob es möglich ist, dass auf der einzelnen Tafel mehrere Meldungen hintereinander angezeigt werden können, so dass man über alle Meldungen informiert wird?
Nr. 197	Felix Kisseler Grüne Dez. IV z.w.V.	Am 20.02.24 berichtete die Frankfurter Rundschau über die Konferenz in Mainz zur aktiven Integrationsarbeit, in der die Studie „Integrationsleistungen der Kommunen für Zugewanderte“ vorgestellt wurde. Ich frage den Magistrat: 1. Wer hat aus der Wiesbadener Verwaltung bzw. Politik an dieser Tagung teilgenommen? 2. Werden die Ergebnisse der Studie in Wiesbaden bewertet, eingeordnet und gegebenenfalls aufgegriffen? 3. Ist eine Information im parlamentarischen Raum angedacht?

Nr. 182	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. III z.w.V.	Nachfragen zur Perspektive einer zukünftigen Zusammenarbeit mit GF von Berg konnten in der Ausschusssitzung am 25.01. durch Herrn Schmehl nicht erschöpfend beantwortet werden. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Wie positioniert sich der Magistrat hinsichtlich einer weiteren Zusammenarbeit mit Herrn von Berg, insbesondere nach der kürzlich erfolgten Absage von acht Stücken durch seine Person, und warum?
Nr. 155	Joachim Tobschall SPD Dez. V z.w.V.	Im Dezember 2021 hat die Rathaus-Kooperation per Beschluss im Mobilitätsausschuss den Grundstein gelegt - mittlerweile sind die Kameras zur Dokumentation von Falschparkern auf Busspuren im regulären Einsatz. Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Park- und Halteverstöße auf Busspuren wurden bislang dokumentiert? 2. Welche Rückmeldungen gibt es seitens des Fahrpersonals der ESWE über die Handhabung der Frontkameras, die Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung oder etwaiger, spürbarer Effekte freierer Busspuren? 3. Welche Abschnitte sind besonders anfällig für Halte-/Parkverstöße?
Nr. 200	Silvana Sand SPD Dez. VI z. w. V.	Kommunale Armutsprävention Mit dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ setzt Deutschland die 2021 verabschiedete Ratsempfehlung zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie um. Danach soll jedem Kind in Europa bis zum Jahr 2030 der Zugang zu Erziehung, Betreuung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnraum garantiert werden. Ich frage den Magistrat: 1. Welche der im Nationalen Aktionsplan aufgelisteten Maßnahmen fanden bis jetzt Anwendung in Wiesbaden? 2. Welche unterstützenden Strukturen und Angebote (Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, Rückzugsorte um ungestört Hausaufgaben zu erledigen usw.) gibt es bereits im Rahmen der kommunalen Armutsprävention? 3. In welcher Form wird Wiesbaden bei der Armutsprävention von Seiten des Bundes unterstützt?
Nr. 201	Monika Giesa AfD Dez. I z. w. V.	Der Fund einer Weltkriegsbombe hat alle Beteiligten vor große Herausforderungen gestellt. Die Entschärfung der Bombe verzögerte sich um einige Stunden, da nicht alle Bürger zum geforderten Zeitpunkt ihre Wohnung verlassen hatten.

		In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Welches Verbesserungspotential sieht der Magistrat im Hinblick auf die Information der Bürger im Fall einer Evakuierung? Welchen Konzepten folgt der Wiesbadener Katastrophenschutz generell, wenn die Evakuierung von Bürgern in Gefahrensituationen, eventuell sehr kurzfristig, erforderlich ist?
Nr. 145	Dennis Friedrich CDU Dez. V z.w.V.	Seit Monaten ist an der Talstation der Nerobergbahn eine großflächige Baustellendeponie für Erdaushub eingerichtet. Laut Auskunft des beauftragten Bauunternehmens soll diese Deponie für verschiedene Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet noch bis weit in das Jahr 2024 beibehalten werden. Der Ort ist jedoch äußerst ungünstig gewählt, da eine Überquerung der Straße in Richtung WTHC / Rabengrund oder der Fußgängerweg zum Neroberg dadurch massiv eingeschränkt ist. Hinzu kommt regelmäßiger Baustellenverkehr mit schweren Fahrzeugen. Ich frage den Magistrat, 1. für welche Dauer die Baustellendeponie unter dem Viadukt an der Talstation der Nerobergbahn im Nerothal eingerichtet wurde? 2. für welche Baustelle(n) im Stadtgebiet die Deponie eingerichtet wurde? 3. welche alternativen Standorte geprüft wurden? 4. weshalb durch die Baustellendeponie und den damit verbundenen Schwerlastverkehr mit Lkw und Radladern eine unnötige Gefährdungssituation für Fußgänger geschaffen wurde?
Nr. 158	Sabine Ludwig-Braun SPD Dez. II z.w.V.	Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits in ihrer Sitzung am 13.07.2023 beschlossen, die Wärme- und Energiewende und die Kommunale Wärmeplanung (KWP) voranzutreiben. Im Rahmen dessen wurde auch festgelegt, dass ein Rahmenkonzept auszuarbeiten ist und dass eine optimale Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene sicherzustellen ist. Ich frage den Magistrat: 1. Wurden von der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Fördermittel direkt oder mittelbar beantragt? 2. Wenn ja, auf welcher Ebene bzw. welche Art von Fördermittel wurden beantragt und wie hoch ist die Fördersumme / sind die Fördersummen? 3. Kann bereits die Höhe der Gesamtkosten für die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung genannt werden? Falls ja, wie hoch sind die Gesamtkosten?

Nr. 204	Aman Yoseph SPD Dez. VII z.w.V.	Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen voran. Menschen, die sich im digitalen Raum nicht gut auskennen, könnten sich gerade bei der Digitalisierung von staatlichen Leistungen schnell abgehängt fühlen. Um alle Menschen bei diesem Zukunftsthema mitzunehmen, ist es sinnvoll, entsprechende Medienkompetenz-Bildungsangebote auch für Menschen außerhalb des Schulalters anzubieten. Ich frage den Magistrat: Welche Unterstützungsangebote in Wiesbaden gibt es für Menschen, die sich im digitalen Raum nicht gut auskennen?
Nr. 174	Lukas Schnabel SPD Dez. II z.w.V.	Zur Unterstützung der strategischen Weiterentwicklung von Innenstädten wird seit Januar 2023 das digitale Tool LeAn als Open-Source-Lösung vom Bund zur Verfügung gestellt. Es bietet aus Sicht des Deutschen Städtetages die Möglichkeit eines vorausschauenden Leerstands- und Ansiedlungsmanagements. Ich frage den Magistrat: 1. Inwieweit wird das Tool LeAn als nützlich eingeschätzt, um in der LHW ein Leerstandskataster aufzubauen und ein proaktiveres Ansiedlungsmanagement für die Innenstadt zu schaffen? 2. Gibt es bereits Überlegungen, das Open-Source-Tool auch in Wiesbaden einzuführen und zu nutzen?
Nr. 106	Dr. Gerhard Uebersohn SPD Dez. I z.w.V.	Am 5. Januar 2023 kam es in Wiesbaden Nordenstadt zu einer fatalen Gasverpuffung in einem Wohnhaus, hierbei wurden zwei Personen verletzt. Die Ursache für die Verpuffung war ein Defekt an einer Gasleitung, welche aus dem Jahr 1973 stammt. Hierdurch hatte sich ausströmendes Gas vermutlich im oder unter dem Wohnhaus angesammelt. Der Defekt lag außerhalb des beschädigten Gebäudes. Die Ursache der Verpuffung ist noch ungeklärt. Ich frage den Magistrat: 1. Ist die Ursache des Gaslecks bereits bekannt? 2. Werden die Gasleitungen in Wiesbaden regelmäßig überprüft? Wenn ja, - erfolgt die Überprüfung innerhalb oder außerhalb der Gebäude? - in welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung? - mit welcher Methode erfolgt die Überprüfung? - welches Ergebnis brachten die Überprüfungen bisher? 3. Gibt es in Wiesbaden Gasleitungen, die noch älter sind als die betroffene in Nordenstadt?

Nr. 152	Silas Gottwald SPD Dez. V z.w.V.	Die Stadt Frankfurt räumte im Mai 2023 ein, dass durch steigende Fallzahlen und personeller Überlastung nicht alle angezeigten Parkverstöße geahndet werden konnten. Nur jede sechste bis achte, privat übermittelte Anzeige mündete in ein Verwarngeld. Allein über das Portal "weg.li" wurden in Wiesbaden im Jahr 2022 knapp 3.100 private Anzeigen wegen Parkverstößen gestellt; in den ersten beiden Quartalen diesen Jahres bereits 2.300 - Tendenz steigend. Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Privatanzeigen sind im Jahr 2022 sowie im ersten Halbjahr 2023 eingegangen? (Nach Quartal) 2. Wie viele davon wurden nicht innerhalb der Verjährungsfrist bearbeitet? (Nach Quartal) 3. Falls ein nennenswerter Rückstau existiert: Nach welchen Kriterien werden die Anzeigen bei der Bearbeitung priorisiert?
Nr. 208	Dennis Friedrich CDU Dez V z.w.V.	Aktuell sieht man auf den Litfaßsäulen der Stadt vermehrte Plakatwerbung für die Ladeinfrastruktur im neuen Parkhaus am Elsässer Platz. Der Rückmeldung im Mobilitätsausschuss nach ist die Nachfrage nach Stellflächen für das Parkhaus bereits erwartungsgemäß hoch. Ich frage den Magistrat daher: 1. Wie viele der Stellplätze sind bereits vergeben, bzw. wie hoch ist die abschließende Nachfrage nach Stellplätzen? 2. Wie viele Anfragen müssen voraussichtlich abgelehnt werden, sollten bereits alle Flächen vergeben sein? 3. Wer hat die Marketingmaßnahme für die Stellflächen und die Ladeinfrastruktur in Auftrag gegeben und wann? 4. Wie viel hat die Werbemaßnahme gekostet?
Nr. 108	Monika Giesa AfD Dez. V z.w.V.	Eigenen Recherchen zufolge muss jeder der rund 80 Stadtpolizisten im Außendienst mehrere Trainingsmodule im Jahr absolvieren, in denen u. a. das Anlegen von Handfesseln, Pfeffersprayeinsatz, Eigensicherung im Nahbereich geübt werden. Die Trainingseinheiten finden fast alle in einem Trainingsraum statt, der nur mit Hallenturnschuhen betreten werden darf. Obwohl das Einsatztraining eine Pflichtaufgabe ist, müssen die Stadtpolizisten für die Beschaffung der Hallenturnschuhe bisher privat aufkommen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Trifft die geschilderte Sachlage grundsätzlich zu? 2. Weshalb findet keine Kostenübernahme durch den Dienstherrn statt? 3. Wie hoch wären die Gesamtkosten einer Kostenübernahme?

		4. Gibt es noch andere für die Dienstausbübung sinnvolle oder gar erforderliche Ausrüstungsteile, die die Stadtpolizisten regelmäßig auf eigene Kosten erwerben?
Nr. 142	Christian Bachmann FWG/Pro Auto Dez. V z.w.V.	Bereits im Januar 2023 hatte unsere Fraktion einen Antrag für ein Pilotprojekt für den Einsatz einer „Pfefferspraypistole“ eingebracht. Dies wurde im zuständigen Ausschuss am 24.01.2023 leider mit großer Mehrheit abgelehnt. Zwischenzeitlich haben sich bundesweit Übergriffe gegen Polizisten und Stadtpolizisten erhöht. Darüber hinaus gibt es im Umgang mit Distanzwaffen positive Erfahrungen (z. B. in Mainz). Der Magistrat als Arbeitgeber hat unserer Ansicht nach auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Gründe sprechen zwischenzeitlich dafür die Mitarbeiter der Stadtpolizei im Rahmen eines Pilotprojekts mit Bodycams und/oder Pfefferspraypistolen auszustatten? 2. Sind zu Punkt 1 schon entsprechende Bedarfe von Seiten der Mitarbeiterschaft und/oder des Personalrates geäußert worden?
Nr. 211	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Durch die Sperrungen der Rechtsabbiegemöglichkeit vom 1. Ring nach Biebrich kommt es zu einem unnötigem Ausweichverkehr über die Mosbacher Str., der vor der Sperrung so nicht stattfand und durch die Sperrungen ausgelöst wurde. Dabei ist die Mosbacher Str. aus Richtung Gutenbergplatz offiziell nicht befahrbar, da dort ein Schild die Einfahrt verbietet. Ich frage den Magistrat, 1. wie er die aktuelle Verkehrssituation und -entwicklung im Bereich Gutenbergplatz/Mosbacher Str. vor dem Hintergrund der vorgenommenen Sperrungen bewertet; 2. ob aus fachlicher Sicht eine Öffnung der Einfahrt über die Mosbacher Str. und eine Steuerung des Verkehr über die Sartoriusstr. in Richtung Biebricher Allee eine Verbesserung darstellen würde; 3. wie häufig in diesem Bereich das verbotswidrige Einfahren in die Mosbacher Str. seit Einrichtung der Sperrung des Rechtsabbiegeverkehrs in Richtung Biebricher Allee kontrolliert wurde und wie viele Verstöße dabei festgestellt und geahndet wurden?
Nr. 146	Louise-Lydia Wagenbach CDU Dez. V z.w.V.	In den einzelnen Bauphasen in der Bahnhofstr. kam es immer wieder zu Verlegungen der Baustellen. Besonders unübersichtlich war die Einrichtung der Baustelle im Kreuzungsbereich Bahnhofstr./Friedrichstr. Der aus der Friedrichstr. kommende Verkehr in Richtung Wilhelmstr. wurde an der Ampel im Kreuzungsbereich um die Baustelle herum in den Gegenverkehr geleitet. Aufgrund des

		im Kreuzungsbereich abgestellten Baggers und des nicht einsehbaren Rückstaus kam es während des Wochenmarktes zu gefährlichen Situationen, in denen sich die Verkehrsströme auf einer Spur begegneten. Ich frage den Magistrat, 1. aus welchem Grund eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung im Kreuzungsbereich Friedrichstr./Bahnhofstr. gewählt wurde? 2. ob es keine Möglichkeit für eine sichere Verkehrslenkung gab? 3. wie zukünftig eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung vermieden werden kann? Insbesondere, dass Bagger im Kreuzungsbereich abgestellt werden?
Nr. 124	Joachim Tobschall SPD Dez. V z.w.V.	Mit den vier kommerziellen Car-Sharing-Anbietern Flinkster, book'n'drive, scout24 und Stadtmobil verfügt Wiesbaden über ein erfreuliches, wachsendes und mehr und mehr flächendeckendes Angebot an CarSharing-Fahrzeugen. Die Vielzahl an Anbietern bringt allerdings nicht nur Vorteile. Zum Buchen der Fahrzeuge sind mehrere Apps und damit mehrere Kundenkonten notwendig, teilweise auch mit mehrfachen Monatsgebühren. Dabei ist es aus Kundensicht oftmals egal, welchem Anbieter das jeweilige Auto gehört. Wir fragen den Magistrat: Welche Optionen und Regelungsmöglichkeiten bestehen aus kommunaler Sicht, um auf einheitliche, anbieterübergreifende Kundenkonten, Tarifpakete und Buchungsmöglichkeiten hinzuwirken?
Nr. 184	Christian Bachmann FWG/Pro Auto Dez. I z.w.V.	Ehrenamtlich organisierte Großveranstaltungen wie die Gibber Kerb oder auch das Schiersteiner Hafenfest stehen vor finanziellen Herausforderungen, die einen Weiterbetrieb der langjährigen und für die Stadtbevölkerung wichtigen Feste gefährdet: Wir fragen daher den Magistrat: 1. Wie sorgt der Magistrat konkret für eine Entlastung der Vereine um das gelebte Ehrenamt und Brauchtum zu erhalten und die Vereine nicht in die Insolvenzen zu treiben? 2. Was war Inhalt und Ergebnis von den Gesprächen mit den betroffenen Vereinen (Verschönerungsverein Schierstein, Feuerwehr und Veranstaltungsbüro)? 3. Wie kann für alle Vereine eine rechtssichere, aber auch finanziell leistbare Situation geschaffen werden, die öffentlichen Gebühren zu stemmen?

		4. Wie ist das Vorgehen bei stadteigenen Veranstaltungen wie z.B. dem "Superblocksonntag" in Bezug auf sicherheits- und verkehrsrelevante Kosten?
Nr. 187	Dr. Gerhard Uebersohn SPD Dez. V z.w.V.	Die Radroute Wiesbaden-Hofheim führt zwischen Nordenstadt und Wallau entlang der A66 über Wirtschafts-/Feldwege. Diese sind häufig stark verschmutzt; es hat sich viel Schlamm und Kies von den Feldern angesammelt. Auch fließt auf dem tieferliegenden Abschnitt Wasser nicht ab und steht nach Regen großflächig auf dem Weg. Zuletzt kam es v.a. auf Höhe der Flurstücke "Am Heiker" und "Auf den Bierauer Wiesen" zu starken Verschmutzungen und großen Eisflächen auf dem Weg. Ich frage den Magistrat: 1. Wer ist für die Reinigung des Weges bei starken Verschmutzungen verantwortlich? 2. Existieren Pläne, auf dem Weg stehendes Wasser bspw. per Drainage zu verhindern? 3. Wie kann eine regelmäßige, bedarfsgerechte Reinigung erreicht werden - auch von anderen Wirtschaftswegen, die gleichzeitig als Radweg dienen?
Nr. 217	Michael David SPD Dez. I z.w.V.	Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des Abrisses des Alten Arbeitsamtes an der Elly-Heuss-Schule ist die Idee der Einrichtung eines Sportinternates in diesen Räumlichkeiten hinfällig. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Punkte aus dem Letter of Intend zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Land Hessen sind bereits abgearbeitet? 2. Wie ist der aktuelle Stand zur Beteiligung von Land und Sportverbänden bei dem Projekt? 3. Wie bewertet der Magistrat eine mögliche Trägerschaft des Landessportbundes Hessen? 4. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat hinsichtlich der Einbeziehung eines Sportinternats in das Projekt Studenten- und Auszubildendenwohnheim am Elsässer Platz? 5. Wie ist der weitere Fortgang des Prozesses seitens des Magistrates?
Nr. 176	Brigitte Forßbohm Die Linke Dez. III z.w.V.	Im Römischen Freilichtmuseum neben dem Römertor, das auf Initiative des Kur- und Verkehrsvereins e.V. entstand, sind Kopien von in Wiesbaden gefundenen Skulpturen und Steintafeln aus der Römerzeit ausgestellt. Die Ausstellungsstücke sind leider in einem sehr schlechten Zustand: Sie sind mit Moos bewachsen und die Inschriften sind durch Ablagerungen kaum noch lesbar. Auch die Informationstafeln sind beschädigt. Ich frage den Magistrat, 1. ist der Zustand des Freilichtmuseums bekannt? 2. Was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um das Freilichtmuseum zu erhalten?

		3. Soll das Freilichtmuseum erneuert oder an einen anderen Ort versetzt werden? 4. In welchem Zeitrahmen ist mit einer Renovierung zu rechnen?
Nr. 156	Ronny Maritzen Die Linke Dez. I z.w.V.	Im Baulandbeschluss 0196 der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Mai 2023 wird unter II.B.3. festgehalten: „Das langfristige Ziel ist ein Nettonull-Flächenverbrauch nach den Vorgaben von Bund und Land.“ Ich frage den Magistrat: 1. Wie wird „langfristig“ definiert? 2. Hat Wiesbaden nach Ansicht des Magistrats unter klimatischen Gesichtspunkten noch lange Zeit, um auf den Flächenverbrauch Nettonull zu kommen? 3. Könnte Wiesbaden auch ohne Vorgaben von Bund und Land den Flächenverbrauch Nettonull umsetzen? 4. Worauf sollte Wiesbaden noch warten, bevor es den Flächenverbrauch Nettonull umsetzt?
Nr. 209	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. III z.w.V.	Im Wiesbadener Kurier von 21. Juni 2024 findet sich ein Artikel mit dem Titel „Staatstheater erhält miese Noten für Verwaltung“. In diesem geht es um einen KPMG-Bericht, der u.a. auf der Grundlage von Gesprächen mit Mitarbeitern, dem Direktor sowie den damals noch gar nicht im Amt befindlichen neuen Intendantinnen entstanden sei. Der Einzige, mit dem man nicht gesprochen habe, sei Herr Laufenberg, einer der beiden Hauptverantwortlichen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Ist es zutreffend, dass die Untersuchung durchgeführt wurde, ohne mit Herrn Laufenberg zu sprechen? Falls ja, wie konnte man ohne die Anhörung des zweiten Hauptverantwortlichen belastbare Ergebnisse erwarten?
Nr. 180	Susanne Hoffmann-Fessner SPD Dez. V z.w.V.	Laut Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Wiesbaden, ist das aggressive Betteln durch nachdrückliches oder hartnäckiges Ansprechen von Personen, das Betteln durch das Vorschicken von Kindern sowie das organisierte Betteln verboten. Doch dagegen wird leider häufiger verstoßen. Ende November 2023 hatten Stadt- und Landespolizei eine gemeinsame Aktion gestartet: Sie wollen koordinierter und härter gegen aggressive und gewerbliche Bettelbanden vorgehen. Ich frage den Magistrat: 1. Wie fällt die Bilanz der gemeinsamen Aktion von Stadt- und Landespolizei aus? 2. In welchem Abstand oder zu welchen Anlässen sind solche gemeinsamen Aktionen der Stadt- und Landespolizei in Zukunft geplant? 3. Gab es <u>auch</u> Fälle von aggressivem und/ oder organisiertem Betteln auf dem Sternschnuppenmarkt oder

		an der Eisfläche am Bowling-Green und wenn ja, wie ist damit umgegangen worden?
Nr. 166	Daniel Weber Volt Dez. I z.w.V.	In einigen Kommunen in Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Freibäder aufgrund der sommerlichen Temperaturen im September spontan die Öffnungszeiten ihrer Freibäder angepasst und die Badesaison so für ihre Bürger*innen verlängert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Bademeister*innen und fehlenden Kassenpersonals sind spontane Verlängerungen der Öffnungszeiten jedoch nicht immer kurzfristig durchführbar Ich frage den Magistrat: 1. Ist in der Zukunft bei guter Wetterlage im Spätsommer eine spontane Verlängerung der Öffnungszeiten in Freibädern möglich? 2. Welche Hürden und Hindernisse stehen einer spontanen Öffnung im Spätsommer im Weg? 3. Gab es in der diesjährigen Badesaison Probleme aufgrund des Fachkräftemangels? 4. Welche zusätzlichen Kosten würden bspw. durch eine zweiwöchige Verlängerung der Öffnungszeiten entstehen und welche zusätzlichen Einnahmen würden generiert?
Nr. 223	Achim Sprengard Volt Dez. II z.w.V.	Zum Ende der Freibadsaison 2023 verschenkte die Gemeinde Bad Schwalbach Wasser ihrer Schwimmbäder an Anwohnende und Landwirte. Ca. 800.000 Liter Wasser konnten so z. B. zur Bewässerung von Feldern verwendet werden. Laut Berichterstattung des Wiesbadener Kuriers vom 12.01.2023 soll für Wiesbaden geprüft werden, ob auf dem Gelände des Schwimmbads Maaraue ein Silo zur Speicherung des Wassers errichtet werden kann. ¹ Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Liter Wasser könnte die LHW durch ein Silo an der Maaraue wiederverwenden? 2. Wie ist der aktuelle Sachstand der Planung und wie teuer wäre der Bau eines Silos? 3. Gibt es andere Schwimmbäder im Stadtgebiet, wo ähnliche Projekte umgesetzt werden könnten? Wenn ja, welche und wie viele Liter Wasser könnten dort wiederverwendet werden? 4. Wie wird sichergestellt, dass durch dieses Wasser das Grundwasser nicht durch Schadstoffe, wie beispielsweise Chlor, verunreinigt werden könnte?

¹ [Freibad-Wasser: Maaraue bekommt ein Silo \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/freibad-wasser-maaraue-bekommt-ein-silo)

Nr. 224	Susanne Hoffmann-Fessner SPD Dez. VI z.w.V.	Laut dem Tagesbetreuungsbericht 23/24 konnte auf gesamtstädtischer Ebene eine Platzangebotsquote im Elementarbereich von über 90 Prozent und im u3-Bereich von 40 Prozent erreicht werden. Das Ausbauziel von 90% im ü3-Bereich wurde bereits 2023 erreicht, um das Versorgungsziel von 48% im u3-Bereich zu erreichen, werden weitere Betreuungsplätze benötigt. Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten: 1. Woher ergibt sich das Ziel einer Platzangebotsquote von 48% (u3) und 90% (ü3)? 2. In welchen Stadtteilen ist das Ziel 90%/48% noch nicht erreicht? 3. Was ist geplant, um Ortsbezirke mit kritischer Versorgungslage im u3-Bereich mit Betreuungsplätzen zu versorgen?
Nr. 126	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Der Geschäftsführer von ESWE Verkehr, Jan Görnemann, hat Anfang Februar die SPD Wiesbaden besucht, was von mehreren Teilnehmern auf Social Media und auf verschiedenen Websites dokumentiert wurde. Am 12. Februar 2023 um 14:17 Uhr erschien ein Bericht auf der Website des SPD-Ortsvereins Rheingauviertel-Hollerborn unter der Überschrift „Schwierige Zeiten und Entscheidungen bei ESWE Verkehr“. Dort hieß es u.a.: „Es wird eine weitere Veranstaltung zum Thema Straßenbahn in absehbarer Zeit geben. Denn Denkverbote, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, lösen die Probleme des ÖPNV in Wiesbaden nicht.“ Ich frage daher den Magistrat: Welche Pläne haben der Magistrat, der Verkehrsdezernent und Herr Geschäftsführer Görnemann für die Einführung einer Straßenbahn in Wiesbaden und wann werden diese offensichtlich bestehenden Pläne einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert?
Nr. 110	Aman Yoseph SPD Dez. II z.w.V.	Am Dienstag, den 17.01.23 waren sowohl die Stadtverwaltung als auch die Feuerwehr über mehrere Stunden von einem umfassenden Ausfall der IT- Infrastruktur betroffen. Es bestand über mehrere Stunden keine Möglichkeit zur Nutzung von E-Mails und der Zugriff auf Netzwerklaufwerke sowie das Internet waren ebenfalls nicht möglich. Auch die Telefonverbindungen waren betroffen. Ich frage daher den Magistrat, 1. worin lag die Ursache für die beschriebenen Ausfälle der IT Infrastruktur? 2. wie zukünftig verhindert werden kann, dass es zu so einem umfangreichen Ausfall kommt, etwa durch Redundanz von zentralen technischen Komponenten.

Nr. 153	Sabine Ludwig-Braun SPD Dez. V z.w.V.	Die ELW-Mitarbeiter:innen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, was auch von den Wiesbadener:innen wertgeschätzt wird. Jedoch häufen sich zuletzt aufgebrochene und daher offenstehende Mülleimer in der Innenstadt. Ein Grund könnte sein, dass die Mülleimer mit einem speziellen Schloss versehen sind und Menschen, die auf der Suche nach Pfandgut sind, keinen kompatiblen Mechanismus zum Öffnen/Wiederverschließen besitzen. Diese Mülleimer trüben das Stadtbild und hinterlassen bei vielen ein gewisses Gefühl der Verwahrlosung. Ich frage den Magistrat: 1. Wurden in den vergangenen Jahren Aufbrüche von öffentlichen Mülleimern registriert? Falls ja: a) Bitte kurz auflisten, wie oft dies registriert wurde. b) Wie hoch sind die Reparaturkosten pro Beschädigung? 2. Gibt es die Möglichkeit zur kostengünstigen Nachrüstung der beschädigten Mülleimer mit einem anderen, möglichst niedrigschwelligen Zugang, bspw. selbstschließende Scharniere und/oder Magnetverschluss und wird dies für sinnvoll erachtet?
Nr. 229	Aman Yoseph SPD Dez. V z.w.V.	2015 wurde die nächtliche Höchstgeschwindigkeit auf der A3 zwischen Niedernhausen und Wiesbadener Kreuz auf 100 km/h aus Lärmschutzgründen reduziert. Diese Limitierung ist 2023 wieder entfallen, weil durch "die Corona-Pandemie (...)" die Verkehrsbelastungen (...) um 5 bis 10 % gefallen" sind und dadurch die Lärm-Grenzwerte unterschritten würden und die Unfallzahlen gesunken seien. Mittlerweile gilt der Abschnitt wieder als Unfallschwerpunkt als zweitgefährlichste Straße Hessens. Ich frage daher den Magistrat: 1. Ist das Verkehrsaufkommen und damit die Lärmemissionen auf dem genannten Abschnitt gegenüber den Zahlen in der Corona-Pandemie wieder gestiegen? 2. Falls die Lärmgrenzwerte wieder überschritten wurden oder sich der Unfallschwerpunkt manifestiert - welche Schritte empfiehlt der Magistrat zur (Wieder)Einführung einer Geschwindigkeitsreduktion auf der A3?
Nr. 230	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	In Wiesbaden stehen aktuell etwa 180 Fahrzeuge an 105 Carsharing-Stationen zur Verfügung. Dadurch bieten sich ökonomische, ökologische und praktische Vorteile für Nutzende und die Stadt. Es ist eine kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zum eigenen Auto und ideal für Menschen, die nur gelegentlich ein Auto benötigen. Carsharing kann langfristig zu einer Veränderung

		des Mobilitätsverhaltens beitragen und ist Bestandteil der Mobilitätswende. Ich frage den Magistrat: 1. Wie haben sich die Nutzungszahlen seit 2023 insgesamt entwickelt? 2. Wie haben sich die Nutzungszahlen in den Außenbezirken seit 2023 entwickelt? 3. Ist ein weiterer Ausbau des Angebots geplant? Falls, ja in welchem Umfang? 4. Welche Stationen sind am wenigsten, welche am stärksten frequentiert? 5. Gibt es Probleme mit Falschparkern an den Stationen? 6. Welche Fahrzeugtypen werden angeboten? 7. Welche Entfernungen werden durchschnittlich zurückgelegt?
Nr. 231	Janine Vinha Volt Dez. III z.w.V.	Die zwei Bücherbusse der Fahrbibliothek ermöglichen es WiesbadenerInnen in den Außenbezirken, wöchentlich bzw. zweimal pro Monat Medien verschiedener Art auszuleihen. Das Angebot der Fahrbibliothek umfasst neben Büchern auch CDs, DVDs, Tonies, Tiptoi und aktuelle Zeitschriften. Den NutzerInnen steht zudem kostenloses W-Lan zur Nutzung der Online-Angebote zur Verfügung. Ausfälle oder Verspätungen werden nach Anmeldung über Kurznachricht oder E-Mail bekannt gegeben. Überdies kann ein Whatsapp-Kanal abonniert werden. Ich frage den Magistrat: 1. Wie haben sich die Nutzungszahlen in den letzten drei Jahren bezogen auf die verschiedenen Haltepunkte entwickelt? 2. Welche Regelungen gibt es für die Nutzung durch Schulen? 3. Gibt es einen Trend bei der Ausleihe von Medien? 4. In welchem Umfang wird der Benachrichtigungsdienst genutzt? 5. Wie viele NutzerInnen haben den Whatsapp-Kanal abonniert?
Nr. 148	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. II z.w.V.	Fast eineinhalb Jahre ist es nun her, dass der Magistrat im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie darüber berichtete, dass an 1-2 Standorten in Wiesbaden Eichhörnchenbrücken als Modellprojekt angelegt werden sollen. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Laufen die Pilotprojekte bereits und wenn ja, an welchen Standorten? Wenn nein, warum nicht?

		2. Wann ist mit dem Abschluss der Pilotprojekte zu rechnen? 3. Kann bereits abgeschätzt werden, ob die Maßnahmen als sinnvoll, im Rahmen des Tierwohls der Eichhörnchen, zu betrachten sind? Mit welchen ungefähren Kosten ist für die Umsetzung eines Standortes zu rechnen? 4. Sind bereits weitere mögliche Standorte zur Installation von Eichhörnchenbrücken in Wiesbaden identifiziert worden?
Nr. 233	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Mit dem Beschluss Nr. 0201 vom 11.07.2024 hat die Stadtverordnetenversammlung das „Stationskonzept für E-Tretroller im historischen Fünfeck“ beschlossen. Damit sollten feste Abstellzonen für E-Tretroller eingerichtet werden, sodass diese nur noch an bestimmten Orten im relevanten Gebiet abgestellt werden können, während außerhalb dieser Abstellzonen ein Abstellen nicht möglich sein soll. Einige Abstellzonen wurden u.a. auf bisher bewirtschafteten Parkflächen eingerichtet. Es fällt auf, dass einige dieser Zonen praktisch nicht durch E-Tretroller besetzt werden (etwa Luisenstraße vor dem Justizministerium) und stattdessen nach wie vor als Parkfläche genutzt werden. Ich frage daher den Magistrat: 1. Ist es mittlerweile tatsächlich nur noch möglich die E-Tretroller in den dafür vorgesehenen Abstellzonen abzustellen? 2. Inwieweit ist eine Evaluation des Konzeptes geplant? 3. Gibt es Daten dazu, wie intensiv die einzelnen Abstellzonen (Anzahl der abgestellten Roller pro Tag) genutzt werden?
Nr. 234	Lucas Schwalbach FDP Dez. II z.w.V.	Im vergangenen Jahr wurde das höchst umstrittene „Konzept für die Jagd im Wiesbadener Stadtwald in Zeiten des Klimawandels“ beschlossen. Dieses stieß auf erhebliche Kritik der Wiesbadener Jägerschaft und weiterer Vereinigungen. Als Reaktion auf diese Kritik hat die Linkskooperation zu dem ursprünglichen Konzept einen Ergänzungsantrag gestellt. Darin wird u.a. gefordert „zeitnah gemeinsam mit dem Kreisjagdberater einen Informationstermin zum neuen Jagdkonzept zu organisieren, bei dem Fragen und Anliegen der Wiesbadener Jägerschaft besprochen werden können.“ Ich frage daher den Magistrat: Hat dieser Informationstermin stattgefunden? Wenn der Termin stattfand: Welche Anliegen wurden dort von Seiten der Jägerschaft vorgetragen und wie wird mit diesen Anliegen von Seiten des Magistrats umgegangen? Wenn der Termin nicht stattfand: Warum hat der Termin bisher nicht stattgefunden und für wann ist dieser eingeplant?

Nr. 139	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	Seit dem 01. Mai ist das Deutschlandticket gültig, bereits ab dem 03. April war es im Vorverkauf erhältlich. So auch in der neuen App "ESWE Verkehr Tickets", welche ebenfalls Anfang April veröffentlicht wurde. Wir fragen den Magistrat, 1. wie oft die App "ESWE Verkehr Tickets" bisher heruntergeladen wurde 2. wie oft ein Abo des Deutschlandtickets über die App "ESWE Verkehr Tickets" abgeschlossen wurde.
Nr. 236	Jeanette-Christine Wild FDP Dez. II z.w.V.	Zum Jahreswechsel 2024/2025 wurde erstmals das beliebte Silvesterfeuerwerk vor dem Kurhaus durch eine Lichtshow ersetzt. Im Anschluss daran wurde ein Song mit dem Titel „Wir - jetzt - Wiesbaden“ vorgespielt. Dabei wurde auch das entsprechende Musikvideo zum Song gezeigt. In diesem Musikvideo wurden zahlreiche Bildsequenzen aus dem erfolgreichen Imagefilm „Wiesbaden: That’s why we love it“ verwendet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie kam es zu der Entscheidung den Song und das Video „Wir - jetzt - Wiesbaden“ bei den Silvesterfeierlichkeiten am Kurhaus abzuspielen? 2. Gab es eine offizielle Erlaubnis die Bildsequenzen aus dem Imagefilm „Wiesbaden: That’s why we love it“ für das Video zum Song „Wir - jetzt - Wiesbaden“ zu verwenden? 3. Wurde durch die Produzenten des Videos zum Song „Wir - jetzt - Wiesbaden“ ein Geldbetrag an die Landeshauptstadt Wiesbaden oder an eine Gesellschaft mit Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden gezahlt, um die Bildsequenzen nutzen zu dürfen?
Nr. 206	Michaela Apel SPD Dez. II z.w.V.	Im Januar 2023 hat Innenminister Peter Beuth dem Wiesbadener Stadtteil Westend das KOMPASS-Sicherheits-siegel verliehen. Das ist gut, aber es gibt noch was zu tun. An der Ecke Wellritzstraße/Hellmundstraße gibt es einen Stelle, an der immer wieder Müll abgelagert wird. Das geschieht so häufig, dass man den dortigen Müll nicht über die App „Sauberes Wiesbaden“ melden kann. Es handelt sich um Hausmüll, aber auch um Müll von Gewerbetreibenden in der Umgebung. Die Verursacher sind leicht herauszufinden. Ihre Namen und Adresse stehen auf den Adressfeldern im weggeworfenen Müll. Ich frage den Magistrat: 1. Woran scheiterte bisher trotz Projekt Kompass die Problemlösung? 2. Wie wird seitens der Stadt mit dieser Ablagestelle für Müll umgegangen? 3. Wie werden die Verantwortlichen für die illegale Müllentsorgung in die Pflicht genommen, wenn die Adressdaten der Verursacher bekannt sind?

Nr. 186	Thomas Schwarze SPD Dez. III z.w.V.	In Wiesbaden gibt es verbundene Haupt- und Realschulen. Der pädagogische Zweck ist es unter Anderem, problemlos von einem System zum Anderen innerhalb einer Schule wechseln zu können. Der Qualifizierende Hauptschulabschluss nach Erreichen der neunten Hauptschulklasse berechtigt zum Übergang in die 10. Klasse der Realschule und zum Erreichen des mittleren Abschlusses. In der letzten Zeit ist es immer wieder vorgekommen, dass verbundene Haupt- und Realschulen ihre Schülerinnen und Schüler nach Erreichen des qualifizierenden Hauptschulabschlusses nicht in die 10. Klasse der Realschule aufgenommen haben. Ich frage den Magistrat: Wie oft ist es in Wiesbaden an den Haupt- und Realschulen in den letzten 3 Jahren vorgekommen, dass SuS nicht in der 10. Klasse aufgenommen worden sind, obwohl sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür hatten. Welche Gründe für die Nichtaufnahme in die 10. Klasse der Realschule können genannt werden?
Nr. 239	Dr. Klaus-Dieter Lork AfD Dez. II z.w.V.	Mit Urteil vom 22.01.2025 hat das Bunderfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde eines Tübinger Unternehmers gegen die Stadt Tübingen über die Erhebung einer Verpackungssteuer zurückgewiesen. Der Handelsverband Deutschland (HDE) warnt: „Für Händlerinnen und Händler kann das zu einer unübersichtlichen Flut unterschiedlicher Regelungen und einem entsprechend erheblichen bürokratischen Aufwand führen“. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: Plant die Stadt Wiesbaden vor dem Hintergrund dieser Entscheidung - für den Fall, dass es keine bundesweit einheitliche Regelung geben wird - für die Zeit nach der OB-Wahl für Wiesbaden eine Verpackungssteuer einzuführen? Falls ja, wie soll den durch den HDE vorgebrachten Bedenken Rechnung getragen werden?
Nr. 240	Christian Bachmann FWG / Pro Auto Dez. I z.w.V.	Übergriffe auf Mitarbeiter der Stadt bzw. städtischen Gesellschaften In den Medien wird immer wieder davon berichtet, dass es Übergriffe auf Mitarbeiter der Verwaltung, von Hilfskräften oder von Verkehrsbetrieben etc. gibt. Leider auch in Wiesbaden! Hierzu haben wir die folgenden Fragen: Der Magistrat wird gebeten zu berichten: 1: Wurden 2024 Mitarbeiter der Stadt (z. B. Verwaltung und Feuerwehr) oder von städtischen Gesellschaften (z. B. ESWE Verkehr oder ELW) bei Übergriffen körperlich verletzt? Wenn ja, wie viele?

		2. Waren 2024 durch Übergriffe AU-Zeiten entstanden? Wenn ja, wie viele Gesamttage? 3. Was unternimmt der Magistrat im Vorfeld (präventiv), um solche Übergriffe möglichst gar nicht entstehen zu lassen bzw. die Mitarbeiter zu schützen? 4. Welche Unterstützung bekommen betroffene Mitarbeiter von Seiten des Magistrates?
Nr. 140	Thomas Schwarze SPD Dez. V z.w.V.	Die erneute Umfrage des Stadt Elternbeirates im März 2023 ergab ein ernüchterndes Stimmungsbild; zwei Drittel werteten die Busse zur Schule als unzuverlässig. Als Folge wechselten viele Schüler*Innen vom Bus ins Auto. Parallel hat die ESWE Verkehr seit September 2022 den Fahrplan mehrfach verstärkt und setzt, häufig auch spontan, Verstärkerfahrten ein. Ich frage den Magistrat: 1. Wie wurde seitens des Dezernates auf die Umfrage reagiert und wurde das Gespräch mit dem Stadt Elternbeirat gesucht? 2. An welchen Stellen wurde der Busfahrplan seit September 2022 verdichtet? 3. Wie viele kurzfristige Verstärkerfahrten setzt die ESWE Verkehr im Schnitt mit welchen Schwerpunkten ein? 4. Wieso werden die kurzfristigen Fahrten nicht in den Apps und auf den digitalen Anzeigen angezeigt - und wie lässt sich das beheben?
Nr. 242	Lucas Schwalbach FDP Dez. II z.w.V.	Bereits im Jahr 2023 war die Population der Sittiche in Wiesbaden Thema im Umweltausschuss. Gerade für die Landwirtschaft wird die zunehmende Anzahl von Sittichen in Wiesbaden zum Problem. In einem Bericht des Wiesbadener Kurier vom 22.02.2025 wird dargestellt, dass das Wirken der Sittiche zu Ernteverlusten von bis zu 20% führen kann. Kreislandwirt Ditmar Kranz wünscht sich in diesem Zusammenhang Regulierungsmaßnahmen von Seiten der Stadt. Hinzu kommen die erheblichen Probleme durch Bruthöhlen und entsprechende Verschmutzung. Gleichzeitig erklärte Kranz auch Gartenschläfer und Biber seien zunehmend für Ernteeinbußen bei der Landwirtschaft in Wiesbaden verantwortlich. Ich frage daher den Magistrat: 1. Welche Regulierungsmaßnahmen zur Reduktion der Sittichpopulation in Wiesbaden wurden seit 2023 durch den Magistrat ergriffen? 2. Welche Regulierungsmaßnahmen sind von Seiten des Magistrats zur Reduktion des Biber- und Gartenschläferbestands in Wiesbaden geplant?

Nr. 243	Jeanette-Christine Wild FDP Dez. II z.w.V.	Vom 5. März 2025 bis 19. April 2025 findet u.a. in Wiesbaden das sogenannte „Klimafasten“ statt. Dabei handelt es sich um ein Projekt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Auf den entsprechenden Werbematerialien findet sich aber auch die Anmerkung, dass das Projekt unter „Koordination“ von Umweltamt und Grünflächenamt der Stadt Wiesbaden stattfindet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Was ist unter Koordination des Projektes durch Umwelt- und Grünflächenamt zu verstehen? 2. Welche konkreten Leistungen wurden von Seiten der Stadt und der beteiligten Ämter erbracht? 3. Wie hoch sind die von Seiten der Stadt aufgewendeten Finanz- und Personalmittel für das Projekt Klimafasten?
Nr. 183	Christian Hill FWG/Pro Auto Dez. VII	In regelmäßigen Abständen wird in den Medien über die Rattenpopulation berichtet. Danach hat sich die Population sowohl bundesweit als auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden in den letzten Jahren erhöht. Wir fragen daher den Magistrat: 1. Wie hat sich in Zahl der gemeldeten Ratten seit 2018 in Wiesbaden entwickelt? 2. In welchen Ortsbezirken liegen die Schwerpunkte des Befalls? 3. Welche Maßnahmen ergreift die Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell zur Eindämmung? 4. Sind darüber hinaus weitere Maßnahmen erforderlich?
Nr. 245	Achim Sprengard Volt Dez. IV z.w.V.	Seit dem 1. März 2020 schreibt das Masernschutzgesetz vor, dass alle nach 1970 Geborenen in Gemeinschaftseinrichtungen einen Masernschutz nachweisen müssen. Kinder benötigen ab einem Jahr eine, ab zwei Jahren zwei Impfungen oder eine Immunitätsbestätigung. Laut Barmer-Arzneimittelreport waren 2022 nur 87% der Zweijährigen gegen Masern geimpft. In Wiesbaden ist der Impfnachweis für die Aufnahme in Kitas verpflichtend. Schulen müssen fehlende Nachweise dem Gesundheitsamt melden, das Bußgelder bis zu 2.500 Euro verhängen kann. Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele Masernfälle gab es 2023/2024/2025 (nach Alter) in Wiesbaden?

		2. Wurden Kinder in Kitas aufgrund fehlender Impfungen/Immunitätsbestätigungen abgewiesen? Wie viele? 3. Wie wird die Impfpflicht bei Kindern kontrolliert, die nach Aufnahme 1 Jahr alt werden? 4. Wie viele Schulkinder wurden aufgrund fehlender Nachweise dem Gesundheitsamt gemeldet? Wie viele Bußgelder wurden in welcher Höhe verhängt?
Nr. 246	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	Im Juli 2023 wurden die Verkehrs- und die Stadtpolizei (ehemals Ordnungspolizei) entsprechend langjähriger Forderungen wieder in einem Amt zusammengeführt. Durch diese Zusammenführung wurde unter anderem ein effizienteres Arbeiten und damit verbunden eine gewisse Kostenersparnis erwartet. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie viele Mitarbeiter der Stadtpolizei sind zurzeit im Bereich der Verkehrsüberwachung tätig und wie viele Mitarbeiter der Stadtpolizei sind im Bereich der anderweitigen Gefahrenabwehr (ehemals Ordnungspolizei) tätig? 2. Welche konkreten Kostenersparnisse und Effizienzsteigerungen sind durch die Zusammenlegung von Verkehrs- und Stadtpolizei (ehemals Ordnungspolizei) entstanden?
Nr. 247	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	Leihfahrräder sind ein wichtiger Bestandteil in der Schaffung eines attraktiven Alternativangebots zum motorisierten Individualverkehr. E-Bikes können die Nutzung außerdem gerade auf hügeligen Strecken attraktiver machen. Zurzeit gibt es als Anbieter für Leihfahrräder nur "Nextbike", sowie einige wenige Fahrräder von "DB Call-a-Bike" am Hauptbahnhof und "meinRad" in AKK. Ich frage den Magistrat: 1. Wie stark sind die Leihfahrräder der aktuellen Anbieter im Wiesbadener Stadtgebiet ausgelastet? 2. Welche Probleme treten bei der Nutzung der Leihfahrräder, vor allem beim Free Floating, für die Nutzenden sowie andere Verkehrsteilnehmende auf? 3. Wie hoch ist der Anteil der E-Bikes unter den Leihfahrrädern? 4. Gibt es Überlegungen weiterer Anbieter in Wiesbaden Leihfahrräder oder Leih-E-Bikes bereitzustellen? 5. Gibt es Überlegungen, seitens der LHW bzw. der ESWE in Zukunft wieder ein eigenes Leihfahrradsystem aufzubauen?

Nr. 185	Alexander Winkelmann FDP Dez. VI z.w.V.	Am 31.01.2024 wurde bekannt, dass sich fast alle Bundesländer auf gemeinsame Standards für ein Vergabeverfahren zur Bezahlkarte für Flüchtlinge geeinigt haben. Dieses Verfahren soll bis Sommer 2024 abgeschlossen sein. Die Bezahlkarte soll unter anderem Pull-Faktoren reduzieren, weil es dann nicht mehr möglich sein wird, Geld aus staatlicher Unterstützung an Angehörige und Freunde im Herkunftsland oder an Schlepper zu überweisen. Die Einführung der Bezahlkarte wird auch von vielen Flüchtlingen selbst begrüßt. Eine Umsetzung ist daher auch in Wiesbaden möglichst zeitnah geboten. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wann ist mit der Einführung einer solchen Bezahlkarte in Wiesbaden zu rechnen? 2. Welche Maßnahmen wurden bereits zur Vorbereitung der Einführung einer Bezahlkarte durch den Magistrat getroffen?
Nr. 189	Prof. Dr. Johannes Luderschmidt Grüne Dez. V z.w.V.	In Wiesbaden gibt es mit Bolt, Voi und Tier 3 Anbieter für Leih-E-Scooter. Für diese beträgt seitens der Anbieter das Mindestalter 18 Jahre, bei privaten E-Scootern min. 14 Jahre für die Teilnahme am Straßenverkehr. Trotzdem sind Minderjährige, vermutlich mit Zahlungsdaten der Eltern, häufig auf Leih-E-Scootern unterwegs. Die Hürden bei der Ausleihe durch Minderjährige sind offenbar gering. Vielen Eltern ist die Altersbeschränkung und ihre Haftpflicht bei möglichen Unfallschäden nicht bewusst, siehe Presseberichterstattung vom 05.02.24. Ich frage den Magistrat: 1. Wer ist für die Kontrolle zur Einhaltung der Altersbeschränkung bei Leih-E-Scootern zuständig, welche Möglichkeiten hat hier die Polizei? 2. Ist bekannt, ob die genannten Anbieter im Falle selbstverschuldeter Unfälle Minderjähriger mit E-Scootern für die Schäden aufkommen oder jemals aufgekommen sind? 3. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, gegenüber E-Scooter-Anbietern durchzusetzen, dass nur versicherte Fahrten stattfinden?